



IDENTITÄT
UND DEMOKRATIE

WER STIMMTE WIE?

**Abstimmungsverhalten der
deutschen EU-Abgeordneten**





ÜBER DEN AUTOR

BERNHARD ZIMNIOK

Zu meiner Person: Ich bin seit 2016 Mitglied der Alternative für Deutschland. 2019 wurde ich zum Abgeordneten im Europäischen Parlament gewählt und bin dort als entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion Identität und Demokratie im Entwicklungsausschuss und darüber hinaus im Auswärtigen Ausschuss tätig. Ich komme aus München, bin verheiratet und habe einen erwachsenen Sohn. Weitere Infos zu meiner Person finden Sie auf meiner Webseite.

Über meine Arbeit können Sie sich auf meinen Kanälen in den sozialen Medien informieren:



www.bernhard-zimniok.de



www.facebook.com/Bernhard.Zimniok



www.instagram.com/bernhard.zimniok



www.twitter.com/BernhardZimniok



t.me/zimniok_mep



www.youtube.com/c/BernhardZimniokMdEP

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:
Europäisches Parlament

ASP 05F243
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

Tel.: 0032 2 28 45772
E-Mail: bernhard.zimniok@ep.europa.eu



VORWORT

Sehr verehrte Leser,

die derzeitige Legislaturperiode des EU-Parlaments geht in ihr fünftes Jahr, nun wird es Zeit für eine Bilanz: Haben die Politiker ihre Versprechungen gehalten und im Sinne der Bürger gehandelt, Schaden vom deutschen Volk abgewendet und seinen Nutzen gemehrt? Die einfachen Abgeordneten schwören zwar keinen solchen Amtseid, doch auch sie müssen sich an diesem Anspruch messen lassen. Immerhin steckt das ja schon im Namen: Als Volksvertreter sollen sie sich für die Interessen ihrer Landsleute einsetzen.

Vieles von dem, was hier im Parlament geschieht, dringt leider gar nicht bis in die deutschen Medien vor – und das liegt durchaus im Interesse der Altparteien. Der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker drückte es einmal so aus: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ So verächtlich reden die führenden Politiker von ihren Bürgern – dieselben Politiker, die sonst bei jeder Gelegenheit „Demokratie“ und „Rechtsstaat“ im Mund führen!

Doch mittlerweile kommen die etablierten Kräfte nicht mehr so einfach davon: Mein Team und ich haben das Abstimmverhalten aller deutschen Parteien untersucht und fünfzehn besonders wichtige Entscheidungen ausgewählt, die wir Ihnen hier präsentieren. Die Inhalte reichen von der Energiekrise über den Ukraine Konflikt bis hin zum Jahrhundert-Thema Migration. Bei jeder Entscheidung können Sie nun nachvollziehen, welche deutsche Partei wie gestimmt hat. Die bayerischen Politiker sind sogar namentlich aufgeführt.

Ich finde, diese Transparenz sind wir allen Bürgern schuldig – ganz gleich, ob sie uns gewählt haben oder nicht. Hier haben Sie es Schwarz auf Weiß: Wer hat sich für bezahlbare Heizkosten eingesetzt, wer möchte unseren Kontinent mit noch mehr Einwanderung belasten, wer führt die Wähler mit absurden Ideen wie klimaneutralen Panzern an der Nase herum? Wer redet nur vom Schutz der Außengrenzen – und wer setzt sich tatsächlich dafür ein? Dies und vieles mehr finden sie in der vorliegenden Broschüre. Doch überzeugen Sie sich selbst: Ich wünsche Ihnen eine informative und aufrüttelnde Lektüre!

Bernhard Zimniok
Abgeordneter des Europäischen Parlaments

Brüssel, Juni 2023



18.01.2023

Aufgabe von Nordstream 1 und 2

Was zur Abstimmung stand

- Nordstream 1 und 2 sollen vollständig aufgegeben werden
- Ein vollständiges, EU-weites Embargo für russische Rohstoffe, darunter Öl, Gas, Uran, Aluminium, Kupfer, Titan, Eisen und Stahl

Hintergrund

Nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs wurden drei Pipelines von Nordstream 1 und 2 vermutlich am 26. September 2022 gesprengt. Viele Indizien deuten auf einen staatlichen Akteur aus dem westlichen Bündnis hin – u.a. hatte US-Präsident Biden vor dem Krieg davon gesprochen, Nordstream 2 verhindern zu wollen. Wahrscheinlich wurde deshalb eine genaue Untersuchung der Umstände von der deutschen Bundesregierung verschleppt.

Unbeeindruckt von diesen Fakten nahm das EU-Parlament die Sprengung zum Anlass, um die Sanktionen gegen Russland weiter zu verschärfen.

Bedeutung

Eine deutliche Mehrheit des EU-Parlaments stimmte für die Resolution. Damit gefährden die etablierten Parteien unsere Energiesicherheit. Während sie einerseits die Abhängigkeit von russischen Importen beklagen, schaffen sie durch das Embargo neue Abhängigkeiten von anderen Importeuren, etwa den USA.

So verteuern sich nicht nur die Preise für Heizung und Kraftstoffe, sondern auch für viele alltägliche Gebrauchsgüter. Nur die AfD steht daher für das Interesse der Bürger an bezahlbarer Energie.

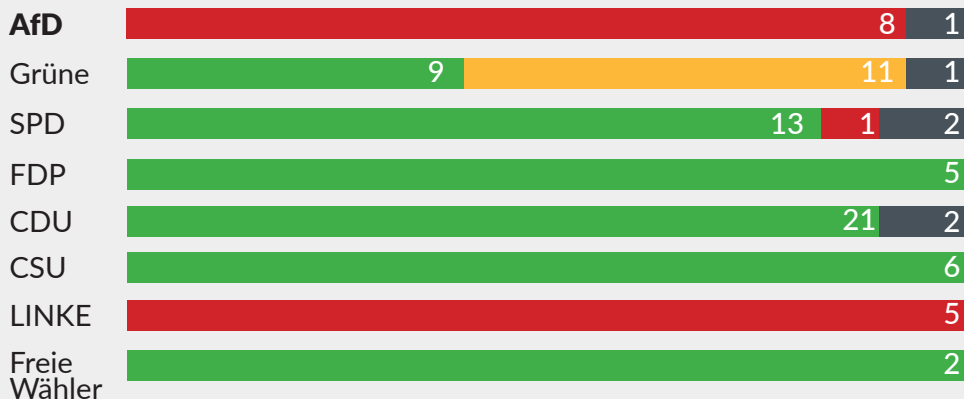
Deutsche EU-Abgeordnete

 dafür

 dagegen

 enthalten

 nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

 Dafür

 Dagegen

 Enthalten

 nicht abgestimmt

Zimniok (AfD)



Buchheit (AfD)



Limmer (AfD)



Ertug (SPD)



Noichl (SPD)



Doleschal (CSU)



Ferber (CSU)



Hohlmeier (CSU)



Mortler (CSU)



Niebler (CSU)



Weber (CSU)



Gallée (Grüne)



Hahn (Grüne)



Herzberger-Fofana (Grüne)



Müller (Freie Wähler)





06.07.2022

Initiative gegen Erdgas und Kernkraft

Was zur Abstimmung stand

- Erdgas und Kernkraft sollen nicht als nachhaltige Investitionen in die EU-Taxonomie aufgenommen werden

Hintergrund

Die EU-Taxonomie ist ein Klassifikationssystem, das jede EU-weite Investition nach ihrer Klimafreundlichkeit einstuft – eine Firma, die in die Kategorie „klima-feindlich“ fällt, hat dann gravierende Nachteile, wenn sie Investoren oder staat-liche Förderungen sucht.

Dem Plan der EU-Kommission zufolge sollten ursprünglich auch Erdgas und Kernkraft unter bestimmten Bedingungen in die EU-Taxonomie aufgenommen, d.h. förderfähig werden. Doch eine Initiative des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit wandte sich dagegen. Am 6. Juli stimmte das Plenum über diese Resolution ab.

Bedeutung

Kernkraft und Erdgas sind – im Gegensatz zu sog. erneuerbaren Energien wie Windkraft – zuverlässig und wetterunabhängig, Kernkraft stößt außerdem prak-tisch kein CO₂ aus. Die AfD lehnt die EU-Taxonomie zwar insgesamt ab, hat aber gegen die Streichung von Erdgas und Kernkraft gestimmt, um wenigstens Scha-densbegrenzung zu erreichen. Im Gegensatz dazu wollten die meisten anderen deutschen Abgeordneten einseitig auf die unzuverlässigen Erneuerbaren setzen: So setzen sie Deutschlands Energieversorgung aufs Spiel. Am Ende entschied sich jedoch eine knappe Mehrheit des EU-Parlaments gegen die Resolution.

Die Stimmen der AfD trugen zu diesem positiven Ergebnis bei.

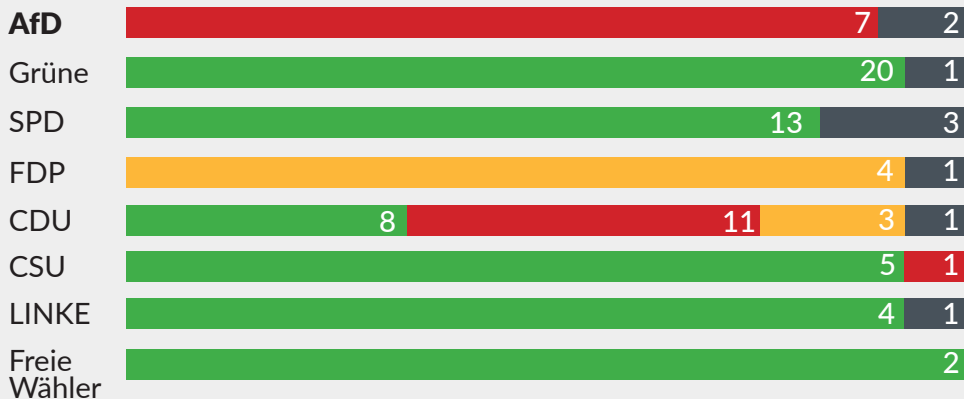
Deutsche EU-Abgeordnete

 dafür

 dagegen

 enthalten

 nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

Dafür

Dagegen

Enthalten

nicht
abgestimmt

Zimniok (AfD)



Buchheit (AfD)



Limmer (AfD)



Ertug (SPD)



Noichl (SPD)



Doleschal (CSU)



Ferber (CSU)



Hohlmeier (CSU)



Mortler (CSU)



Niebler (CSU)



Weber (CSU)



Gallée (Grüne)



Hahn (Grüne)



Herzberger-Fofana (Grüne)



Müller (Freie Wähler)





08.06.2022

Verbot von Verbrennungsmotoren

Was zur Abstimmung stand

- Das EU-Parlament unterstützt den Vorschlag der EU-Kommission, ab 2035 nur PKW und leichte Nutzfahrzeuge zuzulassen, die im Betrieb kein CO₂ ausstoßen.
- Als Zwischenziel sollen bis 2030 die Emissionen neu zugelassener PKW um 55% sinken (bei leichten Nutzfahrzeugen um 50%).

Hintergrund

Das Fit-for-55-Programm steht für den Plan, die gesamte Wirtschaft der EU umzubauen, um so den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) im Jahr 2030 um 55% zu reduzieren (im Jahr 2050 soll dann 100-prozentige CO₂-Neutralität erreicht werden). In diesem Rahmen präsentierte die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag, demzufolge ab 2035 nur noch Fahrzeuge neu zugelassen werden dürfen, die im Betrieb kein CO₂ ausstoßen. Die Definition ist so gewählt, dass praktisch nur noch Elektroautos darunter fallen.

Dies widerspricht allerdings den Tatsachen: Denn auch bei der Produktion von E-Autos entsteht CO₂ und der Strom für ihren Betrieb kommt zu erheblichen Teilen aus Kohle- und Gaskraftwerken, insbesondere seit dem deutschen Atomausstieg. Kohlenstoffdioxid kommt dann nicht mehr aus dem Auspuff, sondern aus dem Schornstein.

Bedeutung

Das EU-Parlament stimmte mehrheitlich für das Verbot: Es setzt damit einseitig auf Elektrofahrzeuge und schlägt technische Alternativen wie z.B. synthetische Kraftstoffe von vornherein aus. Die Geschichte lehrt jedoch, dass diese Art der Planwirtschaft nicht funktionieren kann: Denn die Kunden wissen letztlich besser, welche Technologie für sie geeignet und alltagstauglich ist – anstelle von Politikern im fernen Brüssel.

Diese Entscheidung hat nicht nur kaum Einfluss auf den gesamten CO₂-Ausstoß. Sie wird auch Mobilität für viele Bürger unbezahlbar machen, denn Elektroautos sind wesentlich teurer als Benzin- oder Dieselfahrzeuge.

 dafür dagegen enthalten nicht abgestimmt

09



09.06.2022

Mehr Macht für Brüssel

Was zur Abstimmung stand

- Der EU-Ministerrat soll nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit (mindestens 55% der Staaten mit 65% der Bevölkerung) entscheiden können. Dies soll z.B. für Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten oder außenpolitische Fragen gelten.
- Das EU-Parlament soll Gesetze initiieren, ändern oder aufheben können.

Hintergrund

Die Pläne basieren auf der Konferenz zur Zukunft Europas, die auf die Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zurückgeht. Demzufolge soll nun ein Prozess zur Abänderung der EU-Verträge in Gang gesetzt werden, der v.a. für den EU-Ministerrat sowie für das EU-Parlament deutlich mehr Kompetenzen vorsieht. Dies fordert ein Entschließungsantrag des EU-Parlaments, der dann von den Staats- und Regierungschefs umgesetzt wird.

Bedeutung

Eine große Mehrheit des EU-Parlaments stimmte für die Änderung der Verträge: Dies wird die EU-Institutionen noch intransparenter machen und einen Anreiz zum Machtmissbrauch schaffen. Gerade mit Sanktionen mischt sich die EU schon jetzt auf unzulässige Weise in die Innenpolitik von Mitgliedsstaaten wie Ungarn und Polen ein. Die Hürden für ein solches Verfahren werden in Zukunft noch geringer sein. Aber auch große Länder wie Deutschland können dann einfach überstimmt werden. Deutsche Bürger müssen dann die Folgen für das tragen, was Politiker anderer Länder entschieden haben.

Deutsche EU-Abgeordnete



dafür



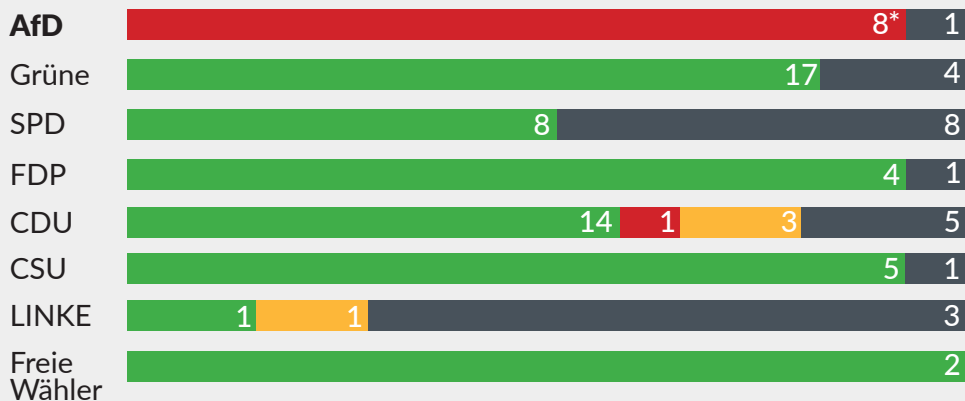
dagegen



enthalten



nicht abgestimmt



*Ein Mitglied der AfD-Delegation stimmte zunächst versehentlich dafür.
Dies wurde nachträglich durch die Änderungsfunktion korrigiert.

Bayerische EU-Abgeordnete

Dafür

Dagegen

Enthalten

nicht
abgestimmt

Zimniok (AfD)



Buchheit (AfD)



Limmer (AfD)



Ertug (SPD)



Noichl (SPD)



Doleschal (CSU)



Ferber (CSU)



Hohlmeier (CSU)



Mortler (CSU)



Niebler (CSU)



Weber (CSU)



Gallée (Grüne)



Hahn (Grüne)



Herzberger-Fofana (Grüne)



Müller (Freie Wähler)





20.05.2021

Mehr „legale“ Einwanderung

Was zur Abstimmung stand

- Einwanderer aller Qualifikationsniveaus sollen Zugang zur EU und einen Anspruch auf permanenten Aufenthalt erhalten.
- Firmen sollen Einwanderer gezielt anwerben können – praktisch unbegrenzt und ohne Rücksicht auf Qualifikationen.
- Sogenannte „Talent-Partnerschaften“ sollen mit nichteuropäischen Ländern – darunter Marokko, Nigeria, Senegal, Ägypten, Tunesien und Pakistan – etabliert werden. Deren Staatsangehörige erhalten so erleichterten Zugang zum EU-Arbeitsmarkt.

Hintergrund

Diese Resolution des EU-Parlaments ist ein wichtiger Schritt, um den EU-Migrationspakt konkret in die Tat umzusetzen. Insbesondere sollen nun auch niedrig Qualifizierte aus Ländern außerhalb der EU legale Möglichkeiten zur Einreise erhalten, um damit den vermeintlichen Fachkräftemangel zu beheben.

Bedeutung

Eine große Mehrheit des EU-Parlaments stimmte für die Initiative – gegen die Stimmen der AfD. Dies bedeutet massive zusätzliche Möglichkeiten zur Einwanderung von Nichteuropäern, insbesondere nun auch solche ohne Qualifikationen, für den hiesigen Arbeitsmarkt.

Besonders gefährlich ist die Auslagerung der Verantwortung an Privatfirmen – die Masseneinwanderung wird damit jeder staatlichen Kontrolle entzogen. Im Endeffekt werden so Demokratie und Rechtsstaat ausgehöhlt und die „legale“ Migration kommt zur illegalen Migration noch hinzu.

Deutsche EU-Abgeordnete



dafür



dagegen



enthalten



nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

Dafür

Dagegen

Enthalten

nicht
abgestimmt

Zimniok (AfD)



Buchheit (AfD)



Limmer (AfD)



Ertug (SPD)



Noichl (SPD)



Doleschal (CSU)



Ferber (CSU)



Hohlmeier (CSU)



Mortler (CSU)



Niebler (CSU)



Weber (CSU)



Hahn (Grüne)



Herzberger-Fofana (Grüne)



Müller (Freie Wähler)





25.03.2021

EU-Afrika-Strategie

Was zur Abstimmung stand

- Zusammenarbeit mit Afrika bei Themen wie „grüne und digitale Transformation“, Energie und „nachhaltige Arbeitsplätze“ wird gefordert
- Gefordert wird auch eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“, welche die EU und Afrika näher zusammenbringen soll.
- Erhebliche Gelder sollen für Afrika bereitgestellt werden, um den Klimawandel einzudämmen und Gendergerechtigkeit zu erreichen.
- Eine enge Partnerschaft soll auch auf dem Gebiet der Migration begonnen werden.

Hintergrund

Bereits 2020 kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die Erneuerung der Beziehungen zwischen der EU und Afrika an. Die hier behandelte EntschlieÙung des EU-Parlaments soll zur Entwicklung der künftigen EU-Afrika-Strategie beitragen. Diese wurde schließlich auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union Anfang 2022 beschlossen.

Bedeutung

Eine große Mehrheit des Parlaments stimmte für die EU-Afrika-Strategie, gegen die Stimmen der AfD.

Die EntschlieÙung liefert keinen Beitrag zum Hauptproblem der europäisch-afrikanischen Beziehungen: Die fortlaufende illegale Migration. Laut einer Studie des Gallup-Instituts wollen mehr als 70 Millionen Afrikaner auswandern, wobei Kinder noch nicht einmal mitgerechnet sind. Deutschland ist dabei eines der beliebtesten Ziele und deswegen besonders gefährdet.

Stattdessen wird das Geld deutscher und europäischer Steuerzahler in ein Fass ohne Boden gepumpt und es werden neue Anreize zur Migration geschaffen.

Deutsche EU-Abgeordnete

 dafür

 dagegen

 enthalten

 nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

Dafür

Dagegen

Enthalten

nicht
abgestimmt

Zimniok (AfD)



Buchheit (AfD)



Limmer (AfD)



Ertug (SPD)



Noichl (SPD)



Doleschal (CSU)



Ferber (CSU)



Hohlmeier (CSU)



Mortler (CSU)



Niebler (CSU)



Weber (CSU)



Hahn (Grüne)



Herzberger-Fofana (Grüne)



Müller (Freie Wähler)





16.02.2023

Schwere Waffen für die Ukraine

Was zur Abstimmung stand

- Schwere Waffen, darunter Kampffjets und -hubschrauber sowie Raketensysteme und entsprechende Munition sollen an die Ukraine geliefert werden.
- Beschlagnahmtes Eigentum russischer Bürger soll zum Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden.
- Verhandlung über den Beitritt der Ukraine zur EU sollen umgehend aufgenommen werden.

Hintergrund

Im Herbst und Winter 2022-2023 haben sich die Fronten im Ukrainekrieg kaum noch bewegt. Eigentlich ein guter Ausgangspunkt für einen Verhandlungsfrieden auf Augenhöhe – doch die vorliegende Resolution setzt auf eine Fortsetzung der Kämpfe: Die Ukraine soll mit schweren Waffen in die Lage versetzt werden, erfolgreiche Offensiven durchzuführen, um Russland so zur Kapitulation zu zwingen.

Bedeutung

Die Mehrheit des Parlaments stimmte für die Initiative. Damit hat sie sich gegen die Stimmen der AfD dafür entschieden, die EU noch tiefer in den russisch-ukrainischen Konflikt hineinzuziehen. So wächst die Gefahr, dass sich der Krieg auch nach Deutschland und Mitteleuropa ausbreitet. Zudem entstehen den europäischen und deutschen Steuerzahlen immense Kosten für einen fremden Konflikt. Eine Verhandlungslösung wird weiter erschwert und auch die Energiepreise werden durch die Fortsetzung des Krieges weiter auf sehr hohem Niveau verbleiben.

Deutsche EU-Abgeordnete



dafür



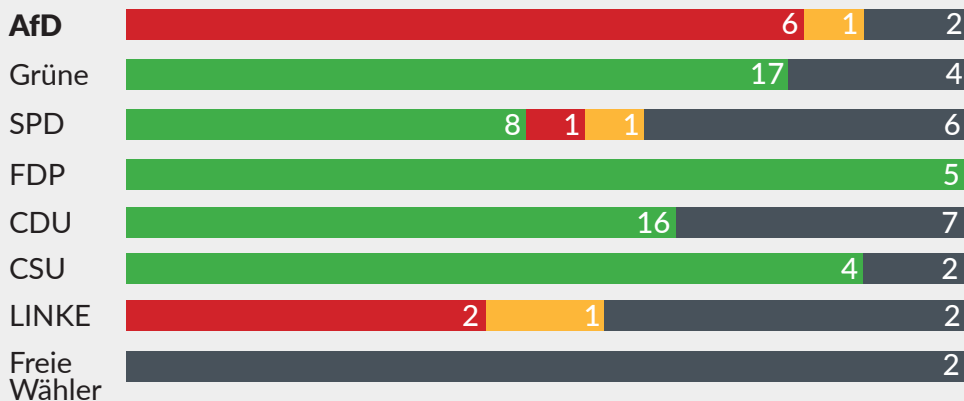
dagegen



enthalten



nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

	Dafür	Dagegen	Enthalten	nicht abgestimmt
Zimniok (AfD)		✗		
Buchheit (AfD)		✗		
Limmer (AfD)			●	
Ertug (SPD)				●
Noichl (SPD)	✓			
Doleschal (CSU)	✓			
Ferber (CSU)	✓			
Hohlmeier (CSU)				●
Mortler (CSU)	✓			
Niebler (CSU)	✓			
Weber (CSU)				●
Gallée (Grüne)	✓			
Hahn (Grüne)	✓			
Herzberger-Fofana (Grüne)	✓			
Müller (Freie Wähler)				●



28.11.2019

Klima-Notstand

Was zur Abstimmung stand

- Für Europa und die Welt wird ein sogenannter „Klimanotstand“ ausgerufen.
- Die EU-Kommission wird aufgefordert, alle relevanten Gesetzes- und Haushaltsvorschläge vollständig auf das Ziel auszurichten, die globale Erwärmung auf unter 1,5° zu begrenzen.
- Die EU-Mitgliedsstaaten sollen ihre Zahlungen an den globalen Klimaschutzfond verdoppeln.
- Fossile Kraftstoffe wie Diesel sollen noch höher besteuert werden.

Hintergrund

Die folgende Resolution entstand im Vorlauf der UN-Klimakonferenz, die im Dezember 2019 in Madrid stattfand. Sie fordert, die gesamte Politik und Wirtschaft am 1,5-Grad-Ziel auszurichten und legt den Grundstein für eine weitere Verschärfung der EU-Klimaziele.

Bedeutung

Eine Mehrheit des Parlaments stimmte für den Klima-Notstand. Die Resolution hat v.a. den Zweck, in der europäischen Bevölkerung eine Panikstimmung hervorzurufen. Außerdem liefert sie eine Rechtfertigung dafür, um die Kompetenzen der EU-Institutionen weiter auszuweiten und die Wirtschaft stärker zu kontrollieren. Darunter werden insbesondere kleinere Firmen leiden, die ihre Zeit für ausufernde Bürokratie verschwenden und immer höhere Energiepreise zahlen müssen. Auch viele einfache Bürger werden das Nachsehen haben: Ihre Lebenshaltungskosten verteuern sich, ohne dass dies einen messbaren Effekt auf das Klima haben wird. Deshalb hat die AfD im Interesse der Bürger gegen diese Resolution gestimmt.

Deutsche EU-Abgeordnete



dafür



dagegen



enthalten



nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

	Dafür	Dagegen	Enthalten	nicht abgestimmt
Zimniok (AfD)		✗		
Buchheit (AfD)		✗		
Limmer (AfD)		✗		
Ertug (SPD)	✓			
Noichl (SPD)	✓			
Doleschal (CSU)		✗		
Ferber (CSU)		✗		
Hohlmeier (CSU)		✗		
Mortler (CSU)		✗		
Niebler (CSU)		✗		
Weber (CSU)		✗		
Hahn (Grüne)	✓			
Herzberger-Fofana (Grüne)	✓			
Müller (Freie Wähler)		✗		



14.09.2022

Illegale Migranten zurückführen

Was zur Abstimmung stand

- Die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Ländern soll gestärkt werden, um so illegale Migranten aus Europa in ihre Herkunfts- oder Transitländer zurückführen zu können.
- Terrorismus und Menschenhandel sollen bekämpft werden.
- Asylverfahren sollen in Drittländern außerhalb der EU durchgeführt werden.

Hintergrund

Die AfD brachte den folgenden Änderungsvorschlag für den Bericht des EU-Parlaments zur südlichen Partnerschaft vor. Dabei handelt es sich um einen Kooperationsrahmen zwischen der EU und den Ländern Nordafrikas sowie des Nahen Ostens. Bernhard Zimniok (AfD), von dem der Vorschlag stammt, plädierte dafür, diese Kooperation zur Bekämpfung der illegalen Migration und des Menschenhandels zu nutzen.

Bedeutung

Eine große Mehrheit des EU-Parlaments, darunter fast alle deutschen Parteien, stimmte gegen den Vorschlag der AfD. Damit wurde eine wichtige Chance vertan, endlich effektiv gegen Menschenhandel, illegale Migration und Terrorismus vorzugehen. Migranten werden also weiter ihr Leben auf dem Mittelmeer riskieren. Die deutschen und europäischen Bürger müssen weiter die Folgen der illegalen Einwanderung erleiden: Kriminalität, Mietpreisexplosion, Verlust der einheimischen Kultur und vieles mehr.

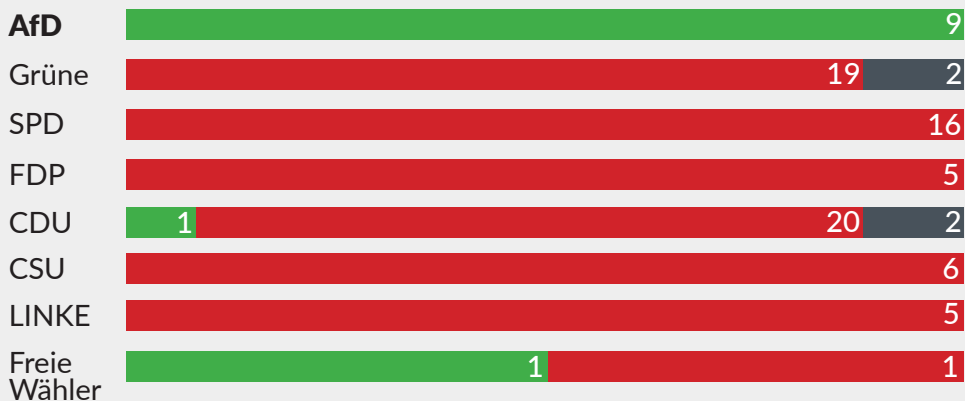
Deutsche EU-Abgeordnete

 dafür

 dagegen

 enthalten

 nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

 Dafür

 Dagegen

 Enthalten

 nicht abgestimmt

Zimniok (AfD)



Buchheit (AfD)



Limmer (AfD)



Ertug (SPD)



Noichl (SPD)



Doleschal (CSU)



Ferber (CSU)



Hohlmeier (CSU)



Mortler (CSU)



Niebler (CSU)



Weber (CSU)



Gallée (Grüne)



Hahn (Grüne)



Herzberger-Fofana (Grüne)



Müller (Freie Wähler)





19.05.2021

Beitrittsgespräche mit der Türkei fortführen

Was zur Abstimmung stand

- Das EU-Parlament äußert seine Besorgnis über „provokative“ Aktionen und Aussagen der türkischen Politik gegenüber Europa.
- Das EU-Parlament bedauert, dass die Beitrittsverhandlungen wegen Grundrechtsverletzungen und der „destabilisierenden Rolle“ der Türkei im Nahen Osten zum Stillstand gekommen sind.
- Das EU-Parlament spricht sich für eine Fortführung des Beitrittsprozesses aus, um die „Zivilgesellschaft“ der Türkei zu unterstützen.

Hintergrund

Der Bericht des EU-Parlaments über die Berichte 2019–2020 der Kommission über die Türkei beschäftigte sich mit verschiedenen Fragen. Obwohl er sich in einigen Punkten kritisch zur Türkei äußerte, sollen die Beitrittsgespräche mit dem islamischen Land trotzdem weiter fortgeführt werden.

Bedeutung

Die Türkei liegt geographisch größtenteils in Asien, steht Europa in kultureller und religiöser Hinsicht fern und wäre mit fast 90 Millionen Einwohnern und einem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen für die EU kaum verdaulich. Außerdem würde sich durch ihren Beitritt das Risiko illegaler Migration erhöhen. Die AfD hat sich deshalb als einzige deutsche Partei gegen diesen Bericht ausgesprochen: Die Beitrittsverhandlungen müssen zum Wohle Deutschlands und Europas endlich und ein für alle Mal beendet werden. Die Mehrheit des EU-Parlaments entschied sich jedoch anders: Sie stimmte für die Fortführung der Beitrittsverhandlungen.

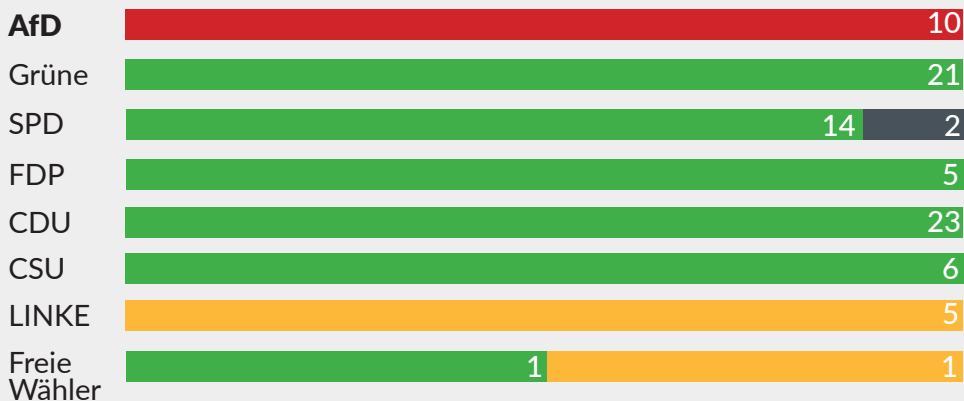
Deutsche EU-Abgeordnete

 dafür

 dagegen

 enthalten

 nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

	Dafür	Dagegen	Enthalten	nicht abgestimmt
Zimniok (AfD)				
Buchheit (AfD)				
Limmer (AfD)				
Ertug (SPD)				
Noichl (SPD)				
Doleschal (CSU)				
Ferber (CSU)				
Hohlmeier (CSU)				
Mortler (CSU)				
Niebler (CSU)				
Weber (CSU)				
Hahn (Grüne)				
Herzberger-Fofana (Grüne)				
Müller (Freie Wähler)				



07.06.2022

„Klimaneutrale“ Panzer

Was zur Abstimmung stand

- Investitionen in „grüne Verteidigung“ sollen erhöht werden.
- CO2-freie Kraftstoffe für Militärflugzeuge, -schiffe und -fahrzeuge, damit ihre ökologischen Auswirkungen verringert werden.
- Militärtechnologie soll elektrifiziert werden.

Hintergrund

Da den CO2-Einsparzielen alle anderen Politikfelder untergeordnet werden sollen (siehe Thema „Klimanotstand“), betrifft dies auch die Verteidigungspolitik. Die folgende Resolution des EU-Parlaments fordert, dies bis hinein zu Details wie Kraftstoffen der Militärfahrzeuge umzusetzen.

Bedeutung

Eine deutliche Mehrheit des EU-Parlaments stimmte für die Initiative. Was auf den ersten Blick unfreiwillig komisch wirkt, ist in Wirklichkeit ein Beispiel für die gefährliche Welfremdheit, die bei der Mehrheit des EU-Parlaments vorherrscht. Militärausrüstung ist für den Ernstfall gedacht – das Leben der Soldaten hängt davon ab, dass ihre Ausrüstung, ihre Panzer und Flugzeuge einwandfrei funktionieren. Wer hier Kompromisse eingeht und das Militär als ideologische Spielwiese für unsinnige Ideen wie elektrisch angetriebene Panzer missbraucht, riskiert die Sicherheit aller europäischen Bürger.

Deutsche

EU-Abgeordnete



dafür



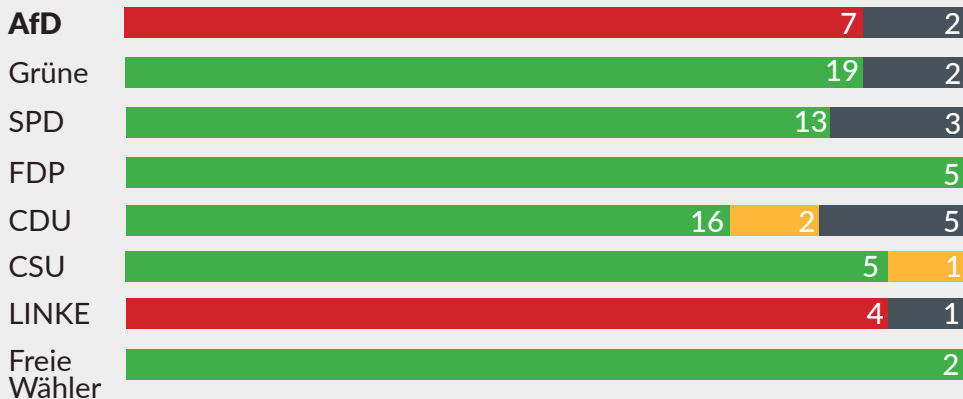
dagegen



enthalten



nicht abgestimmt



Bayerische

EU-Abgeordnete

	Dafür	Dagegen	Enthalten	nicht abgestimmt
Zimniok (AfD)		✗		
Buchheit (AfD)		✗		
Limmer (AfD)		✗		
Ertug (SPD)	✓			
Noichl (SPD)	✓			
Doleschal (CSU)	✓			
Ferber (CSU)	✓			
Hohlmeier (CSU)	✓			
Mortler (CSU)	✓			
Niebler (CSU)	✓			
Weber (CSU)			●	
Gallée (Grüne)	✓			
Hahn (Grüne)	✓			
Herzberger-Fofana (Grüne)	✓			
Müller (Freie Wähler)	✓			



06.07.2022

Mehr Entwicklungsgelder

Was zur Abstimmung stand

- Nahrung soll zu einem Menschenrecht erklärt werden und die EU soll sicherstellen, dass dieses Recht überall auf der Welt erfüllt wird.
- Die EU soll dabei auch Lebensmittelkäufe in Afrika direkt finanzieren.
- Die EU soll außerdem zusätzliche Gelder zur Bekämpfung des Klimawandels in Entwicklungsländern bereitstellen.

Hintergrund

Einige Entwicklungsländer haben nach wie vor Probleme, die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen. Ursachen dafür sind Korruption, unzureichende Infrastruktur und nicht zuletzt das massive Bevölkerungswachstum in Afrika und Teilen Asiens. Anstatt diese langfristigen Probleme anzugehen, fordert die folgende Resolution des EU-Parlaments, dass Europa die Ausgaben für Nahrungsmittel der Dritten Welt übernehmen soll.

Bedeutung

Eine große Mehrheit des EU-Parlaments entschied sich gegen die Stimmen der AfD für die Erhöhung der Entwicklungsgelder. Hinter dem vermeintlich guten Zweck verbirgt sich auch in dieser Resolution Unwissenheit und Kurzsichtigkeit. Afrika ist nicht damit geholfen, wenn seine Staaten weiterhin am Tropf von EU-Mitteln hängen – im Gegenteil fordern mittlerweile zahlreiche Experten, dass Eigenverantwortung der bessere und nachhaltigere Weg ist. Insbesondere müssen afrikanische Länder ihr Bevölkerungswachstum stoppen, eine der Hauptursachen für die wirtschaftliche Stagnation. Beides findet in der Resolution keine ausreichende Erwähnung. Deswegen – und weil hier neue Belastungen auf die deutschen und europäischen Steuerzahler zukommen – hat sich die AfD gegen diese Resolution gestellt.

Deutsche EU-Abgeordnete

 dafür

 dagegen

 enthalten

 nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

	Dafür	Dagegen	Enthalten	nicht abgestimmt
Zimniok (AfD)				
Buchheit (AfD)				
Limmer (AfD)				
Ertug (SPD)				
Noichl (SPD)				
Doleschal (CSU)				
Ferber (CSU)				
Hohlmeier (CSU)				
Mortler (CSU)				
Niebler (CSU)				
Weber (CSU)				
Gallée (Grüne)				
Hahn (Grüne)				
Herzberger-Fofana (Grüne)				
Müller (Freie Wähler)				



14.09.2022

Info-Kampagne gegen Migration

Was zur Abstimmung stand

- Eine Informationskampagne soll umgehend gestartet werden, um mögliche Einwanderer von ihrem Vorhaben, nach Europa zu kommen, abzuhalten.
- Diese soll in den Herkunfts- und Transitländern durchgeführt werden.

Hintergrund

Die millionenfache Einwanderung aus afrikanischen und islamischen Ländern nach Europa ist nicht zuletzt durch falsche Vorstellungen der Migranten motiviert: Viele versprechen sich schnellen und anstrengungslosen Wohlstand, unterschätzen die Gefahr der Reise und haben keine Vorstellung davon, welche Qualifikationen für den Erfolg in einer modernen Gesellschaft notwendig sind.

Bernhard Zimniok (AfD) brachte deshalb einen Änderungsantrag ein, potentielle Migranten in den Herkunftsländern aufzuklären, um sie so früh wie möglich von ihrer lebensgefährlichen Reise abzubringen.

Bedeutung

Eine große Mehrheit des EU-Parlaments stimmte gegen diese Initiative der AfD. Politiker der etablierten Parteien reden zwar gerne davon, sich gegen Fluchtursachen einsetzen zu wollen, aber sie lassen keine Taten folgen. Offensichtlich meinen sie es nicht ernst mit diesem Anliegen, denn sie haben beinahe geschlossen gegen den Antrag der Alternative für Deutschland gestimmt. Nur die AfD steht zu ihrem Wort und bekämpft das Übel der illegalen Migration bereits an der Wurzel.

Deutsche EU-Abgeordnete



dafür



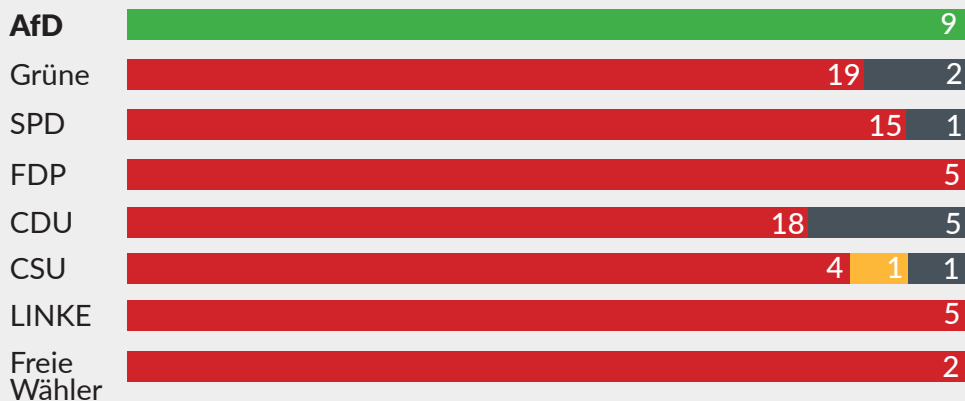
dagegen



enthalten



nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

	Dafür	Dagegen	Enthalten	nicht abgestimmt
Zimniok (AfD)	✓			
Buchheit (AfD)	✓			
Limmer (AfD)	✓			
Ertug (SPD)		✗		
Noichl (SPD)		✗		
Doleschal (CSU)		✗		
Ferber (CSU)		✗		
Hohlmeier (CSU)			●	
Mortler (CSU)		✗		
Niebler (CSU)		✗		
Weber (CSU)				●
Gallée (Grüne)		✗		
Hahn (Grüne)		✗		
Herzberger-Fofana (Grüne)		✗		
Müller (Freie Wähler)		✗		



14.09.2022

Nationale Rückführungsabkommen

Was zur Abstimmung stand

- Die EU soll ihre Mitgliedsstaaten darin unterstützen, Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern von Migranten abzuschließen.
- Zudem sollen die Mitgliedsstaaten darin unterstützt werden, Asylverfahren in Drittländer auszulagern.

Hintergrund

Bereits 2020 wurden Pläne der EU-Kommission publik, in denen „Rückführungspartnerschaften“ mit Herkunftsländern von Migranten eine Rolle spielten. Allerdings ist seither wenig passiert, um die Rückkehr illegaler Migranten konkret anzugehen. Der Bericht über die südliche Partnerschaft schien der AfD dabei eine günstige Gelegenheit zu sein, um die EU-Führung an ihr Versprechen zu erinnern. Ein Änderungsantrag von Bernhard Zimniok forderte nun, das Vorhaben konkret in die Tat umzusetzen.

Bedeutung

Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern wären eine große Chance, um die Probleme zu mildern, die Europa durch die millionenfache Einwanderung entstanden sind. Leider blieb diese Chance ungenutzt: Die Mehrheit der EU-Abgeordneten stimmte gegen den Vorschlag der AfD und möchte weiter nichts gegen die illegale Migration und das Sterben auf dem Mittelmeer unternehmen. Die EU-Kommission hält sich nicht an ihre Versprechen, nur die AfD setzt sich geschlossen für einen Migrationsstopp ein.

Deutsche EU-Abgeordnete



dafür



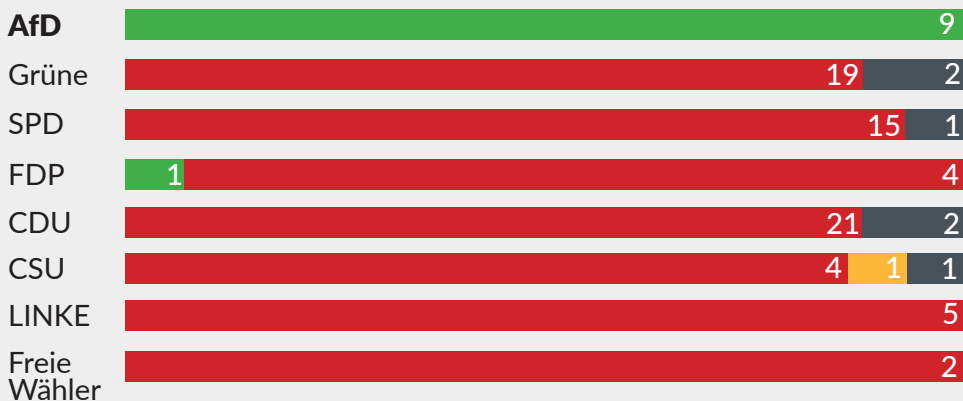
dagegen



enthalten



nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

	Dafür	Dagegen	Enthalten	nicht abgestimmt
Zimniok (AfD)				
Buchheit (AfD)				
Limmer (AfD)				
Ertug (SPD)				
Noichl (SPD)				
Doleschal (CSU)				
Ferber (CSU)				
Hohlmeier (CSU)				
Mortler (CSU)				
Niebler (CSU)				
Weber (CSU)				
Gallée (Grüne)				
Hahn (Grüne)				
Herzberger-Fofana (Grüne)				
Müller (Freie Wähler)				



14.09.2022

Schutz der Außengrenzen

Was zur Abstimmung stand

- Grenzschutzanlagen sollen erneuert und verstärkt werden, um den illegalen Eintritt in die EU-Mitgliedsstaaten zu verhindern.
- Eine Marine-Mission im Mittelmeer soll illegale Migranten vom Eintritt in das EU-Gebiet abhalten und sie an sichere Häfen außerhalb Europas zurückbringen.

Hintergrund

Um illegale Einwanderung an den Landgrenzen zu verhindern, sind physische Barrieren wie Zäune, Mauern und Gräben unverzichtbar. Die spanischen Städte Melilla und Ceuta, die an der nordafrikanischen Küste liegen, zeigen dies seit Jahren. Auch die neuen polnischen Anlagen an der Grenze zu Weißrussland haben sich als effektiv erwiesen. Doch langfristig wirksam kann der Schutz nur sein, wenn die Anlagen regelmäßig ausgebessert und optimal für neue Herausforderungen ausgestattet werden. Bernhard Zimniok (AfD) brachte deshalb einen Änderungsantrag ein, um diese Maßnahmen zu fördern.

Bedeutung

Eine große Mehrheit des EU-Parlaments stimmte gegen die Initiative der AfD. Damit wird sich die Situation an den EU-Außengrenzen weiter verschlimmern: Die Schutzbarrieren in Nordafrika, aber auch in Bulgarien und Griechenland werden den koordinierten Anstürmen immer weniger standhalten können, immer mehr illegale Migranten werden Lücken ausnutzen. Vor allem die CDU/CSU wird hier der Heuchelei überführt: Sie redet zwar gerne vom Schutz des Außengrenzen, verhindert ihn aber mit ihrem Abstimmverhalten.

Deutsche EU-Abgeordnete



dafür



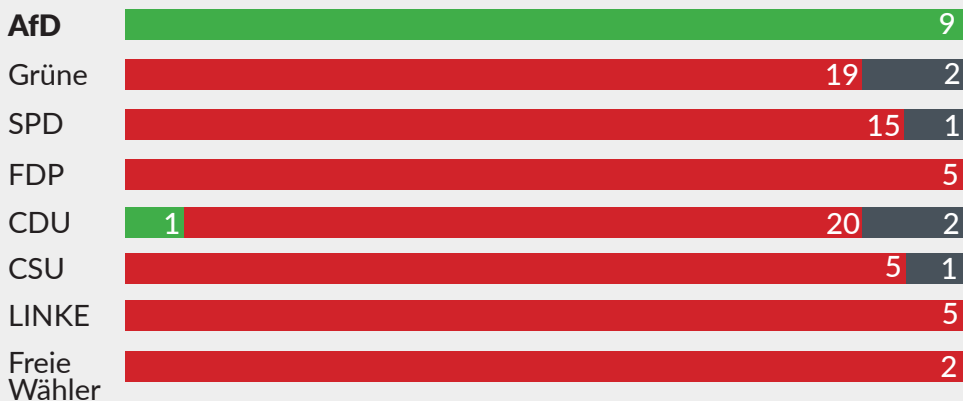
dagegen



enthalten



nicht abgestimmt



Bayerische EU-Abgeordnete

	Dafür	Dagegen	Enthalten	nicht abgestimmt
Zimniok (AfD)	✓			
Buchheit (AfD)	✓			
Limmer (AfD)	✓			
Ertug (SPD)		✗		
Noichl (SPD)		✗		
Doleschal (CSU)		✗		
Ferber (CSU)		✗		
Hohlmeier (CSU)		✗		
Mortler (CSU)		✗		
Niebler (CSU)		✗		
Weber (CSU)				●
Gallée (Grüne)		✗		
Hahn (Grüne)		✗		
Herzberger-Fofana (Grüne)		✗		
Müller (Freie Wähler)		✗		



**Diese Broschüre wurde aus Mitteln des 400er Budgets von Bernhard Zimniok, Mitglied des Europäischen Parlaments, finanziert.
Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt.**

Impressum:

**Fraktion Identität und Demokratie
Europäisches Parlament
Zweig 7K 010
Rue Wiertz 60
1047 Brüssel
Belgien**

Publikationen

Erfahren Sie mehr über meine Arbeit

Welche Pläne verfolgt Brüssel mit dem EU-Migrationspakt? Wie wirkt sich die Masseneinwanderung auf das Alltagsleben in Europa aus? Und vor allem: Welche Mittel müssen wir ergreifen, um das Jahrhundertproblem Migration endlich zu lösen? Diese und weitere spannende Fragen finden sie in meinen Schriften beantwortet – kostenlos bestellbar unter:

www.bernhard-zimniok.de/publikationen



Demographie Europa

Die Migrationskrise verändert alles!

Mein neuestes Projekt veranschaulicht, was Ihnen die Mainstream-Medien und -Politiker bisher vorenthalten: Der Migrantenanteil ist in Deutschland seit 2005 regelrecht explodiert! So detailliert gibt es die Zahlen nur auf dieser interaktiven Karte. Finden Sie jetzt Ihre Region und sehen Sie sich die Situation vor Ort an:

www.demografie-europa.eu

